



Gemeinderäte wollen Gnadenfrist für Containerdorf

Wohin mit den Asylsuchenden, wenn die Gemeinde die Container an der Goethestraße im Jahr 2023 juristisch abräumt? Der Runde Tisch Wohnen und der Helferkreis Asyl haben in einer Pressekonferenz dafür geworben, dem Containerdorf eine Fristverlängerung bis 2024 zu gewähren. Gemeinderätin Traudi Köhl und die Gemeinderäte Alexander Keim, Rainer Guggenberger und Gerd Mulert kündigten in der Pressekonferenz an, das Thema im Gemeinderat zur Sprache zu bringen. Wie berichtet, hatte es der Bürgermeister abgelehnt, den Antrag des Runden Tisches auf Fristverlängerung noch einmal diskutieren zu lassen. Begründung: Es gebe keinen neuen Sachstand. Den aber, so die vier Gemeinderäte in der Pressekonferenz, gibt es sehr wohl. Die CSU und die SPD waren auf der PK nicht vertreten.



Das Asyl-Containerdorf an der Goethestraße. Hier leben 120 Geflüchtete, darunter 56 Kinder, in 18 Familien. Einige Asylbewerber sind schon seit 7 Jahren in Herrsching. Sie arbeiten, die Kinder gehen hier zur Schule, haben Freunde und sprechen Deutsch.

In einem eindringlichen Redebeitrag schilderte Christine Voit das entbehrungsreiche Leben in einem Stahlkasten, der für alles außer Wohnen gut ist. „Diese Container sind hellhörig, fußkalt und im Sommer eine blecherne Sauna.“ Viele der 120 Asylbewerberinnen und -bewerber seien traumatisiert, müssten allein mit Verlustschmerzen fertig werden, wenn der Vater, der Bruder, der Sohn die Flucht nicht überlebt hatten. „Manche Frauen weinen nachts still in ihre Kissen, um die jungen Männer nicht aufzuwecken, die am nächsten Tag fit sein müssen. Afrikanerinnen hätten auf der Flucht Gewalt erfahren, die sich niemand vorstellen wolle. Eine 14-jährige Tochter schlafe immer noch im Bett bei der Mutter, um ihre Ängste zu bekämpfen. Professionelle psychologische Hilfe gebe es nicht. Unter den 56 Kindern im Containerdorf gebe es viele Schreibabys, die das Leben in den beengten Räumen auch nicht leichter machen. „Dazu kommen die Belastungen durch das Asylverfahren“, schilderte Voit ein Leben zwischen Hoffen und Bangen. Eigentlich

müsste, so Voit, ein solches Dorf ein Pulverfass sein. Dabei, so Gemeinderat Alexander Keim, sei nichts von Polizeieinsätzen bekannt. Ein anderer Gemeinderat erzählte, dass das Herrschinger Containerdorf sogar ohne Sicherheitsdienst auskomme.

Der Moderator des Runden Tisches, Dr. Traugott Schöfthaler, dem der Bürgermeister in einer Gemeinderatssitzung einen „Egotrip“ vorgeworfen hatte, schilderte die Aufgaben des Runden Tisches, der den Sozialen Wohnungsbau fördern sollte. An diesem Tisch sollten der Bürgermeister, Gemeinderäte aller Fraktion und Mitglieder des Helferkreises sitzen. Der Bürgermeister habe sich inzwischen aber zurückgezogen und dem Gremium auch den Rathaus-Saal als Tagungsort entzogen.

Das Thema Sozialer Wohnungsbau nahm in der Pressekonferenz breiten Raum ein. Herrsching hatte einmal 319 Sozialwohnungen, von denen 190 Einheiten inzwischen keiner Sozialbindung mehr unterliegen. Übrigens darf ein Alleinstehender, der sich um eine Sozialwohnung bewirbt, nicht mehr als 14 000 Euro im Jahr verdienen („brutto“, wie Dr. Schöfthaler einwarf).

Die frühere Bürgermeisterin Christine Hollacher hatte die Pressekonferenz eröffnet und in die Geschichte des Helferkreises eingeführt. 2016 seien 70 Helferinnen und Helfer angetreten, um die größte Not der Flüchtenden zu lindern, heute habe sich ein harter Kern von 20 Personen herausgebildet.

Hochaktuell wurde die Fragestunde (mit Vertreterinnen des Starnberger Merkurs und der SZ sowie einem Vertreter von **herrsching.online**) beim Thema „Lassen wir das Dorf im Dorf?“ Das Landratsamt sähe es nicht ungern, wenn die Container erst im Jahre 2024 abgeräumt würden, weil man für die 120 Asylbewerber auf die Schnelle wohl keine alternative Bleibe findet. Der Landrat will die Verlängerung aber nur im Einvernehmen mit der Gemeinde Herrsching durchziehen.

Der Runde Tisch träumt deshalb von einer Notlösung oder einem Dauerprovisorium auf dem Bofrostgelände. Bauen sollte nach dem Willen der Gemeinderäte und des Helferkreises der Verband Wohnen, der sich ein Investment durchaus vorstellen kann, aber auf die zweite Hälfte des Jahrzehnts verweist.

Traugott Schöfthaler brachte in der PK auch das gemeindeeigene Gelände im Breitbrunner Heimgarten zur Sprache. Das bisschen Methan, das aus den Altlasten der ehemaligen Mülldeponie strömte, wäre vielleicht bis zum Baubeginn von Sozialwohnungen, hölzernen Notunterkünften oder dem Umzug der Asyl-Container kein Thema mehr. Gemeinderätin Traudi Köhl meldete sich aber vehement zu Wort mit dem Einwurf, dass sozial Schwache, die sich keine marktgerechte Miete leisten können, nicht in Containern untergebracht werden dürfen.

Sozialwohnungen, die man sich auch mit einem Jahresgehalt von 14 000 Euro leisten kann, sind übrigens seit 1994 in Herrsching nicht mehr gebaut worden. Die Helferin Angelika Lange-Gao warf in ihrem Redebeitrag der stellvertretenden Bürgermeisterin Christina Reich vor, dass sie in Herrsching keine Sozialwohnungen bauen wolle.

Sollte nun das Containerdorf aufgelöst werden, bevor Herrsching einen alternativen Standort anbietet, würden die Bewohner verteilt werden. „Obwohl viele Dorfbewohner in Herrsching schon soziale Wurzeln geschlagen haben, hier arbeiten und ihre Kinder in die Schule schicken“, wie in der Pressekonferenz betont wurde. Einige Kinder gehen sogar in die Realschule, obwohl ein Container fürs Lernen zuhause so gut geeignet ist wie das Handy für Konzentrationsübungen.

Anmerkung der Redaktion: Kommentare zu diesem Artikel und zum Thema dieses Artikels sind willkommen. Beiträge, die persönliche Verunglimpfungen enthalten und den sozialen Frieden in der Gemeinde stören könnten, werden von der Redaktion gelöscht. Es gibt genug Hass in der Welt, lassen Sie uns gesittet diskutieren.

Category

1. Gemeinde

Date

02/09/2026

Date Created

10/11/2022